

Über der Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.

Welt der illustrierten Sonntagszeitung „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.

Der „Über der Volksbote“ (jedoch täglich abends außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages wird in durch die Expedition, Johannistraße 60, vor die Post zu beziehen. Wert vierthalbjährlich Mrz. 1,80 Kronenlich 1,60 Pfz. Postzettelzettel Nr. 43842, S. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Zeitung oder deren Numm. 15 Pfz., für Verhältnisse-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfz., auswärtige Anzeigen 20 Pfz. Zeiterate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Mittag in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 99.

Freitag, den 28. April 1899

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Über der Volksbote.“)

Berlin, den 26. April 1899.

Der Reichstag hatte heute wieder eine große und interessante Debatte über die Sozialpolitik. Zur Berathung stand der Zentrumsvortrag auf Errichtung von Arbeitskammern, in denen „gemäß der Februararbeitschaft“ die Arbeiter ihre Wünsche und Beschwerden frei und friedlich zum Ausdruck bringen sollen. In Verbindung damit war der Antrag des Abg. Bachmücke auf Errichtung eines Reichsarbeitsamtes gebracht. Die Nationalliberalen wünschten außerdem die Organisation der Arbeitskammern an die Gewerbegeherreien angeschlossen und ziehen in den Kreis ihrer Aufgaben die Fürsorge für Arbeiterwohnungen, die Arbeitslosenunterstützung und die Funktion als Eingangsamt erweitert werden, welchem die Untersuchung und Feststellung der Arbeiterverhältnisse im deutschen Reich unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmern obliegt.

Die Debatte wurde durch eine sehr umfangreiche Rede des Abg. Hilde eingeleitet, die offenbar als sonst die Endziele der schwarzen Sozialpolitik entschloss. In den Arbeitskammern, wie sie das Zentrum will, sollen Unternehmer und Arbeiter gemeinsam die Harmonie ihrer Interessen seien. Herr Hilde hofft, daß er mit seinen Arbeitskammern, die eine Analogie zu den Handwerker-, Handels- und Landwirtschaftskammern bilden sollen, die Klassenorganisation des deutschen Proletariats sprengen und ihr die Solidarität der „guten Elemente“ gegenüberstellen kann. Er will einen Teil in die Geschlossenheit der deutschen Arbeiterbewegung treiben und mit heimatkundlichem Idealismus benutzt er die Parteidiskussionen der letzten Zeit, um Unstufen zu setzen. Mit der Freude an kleinen Fortschritten will er die Arbeiter fürre machen und sie von der Sozialdemokratie abwenden, zu der sie, wie er selber sagt, zur Zeit allein Vertrauen haben. — Die Ablehnung von den „marxistischen Gedankengängen“, die sich in der Sozialdemokratie vollziehen soll, die Preisgabe der Katastrophen-, Verelendungs- und Krisentheorie spielte auch in der Rede des Dr. Bachmücke eine gewichtige Rolle. Er hat sogar entdeckt, daß die Ausbeutungslehre von den sozialistischen Theoretikern bestritten werde. Herr Dr. Bachmücke hat offenbar erschrecklich viel gelesen, so daß er die Autoren nicht mehr recht unterscheiden kann. Dieser Gründpfeiler steht und noch keine sozialistische Hand hat an ihm gerichtet. Im übrigen waren die Gründe, mit denen er die Notwendigkeit des Reichsarbeitsamtes bewies, durchschlagend, und auch das was er über die Bedeutung der Statistik in Hinblick auf das Buchhausgesetz sagte, durchaus richtig. Herr v. Stumm hat zu der Politik der Konzessionen an die Arbeiterklasse absolut kein Vertrauen und lehnte von seinem Standpunkt des stärksten Unternehmer-Absolutismus aus alle Anträge rundweg ab. Aber er fand heute wenig Gehör beim Reichstage; nur Herr von Kardorff bemühte sich im Schweize seines Angesichts, alle Kraftworte des Meisters durch sein „Schriftlich!“ zu unterstreichen. Herr v. Stumm sieht in den Anträgen einen Triumph der Sozialdemokratie, er beschuldigte die Nationalliberalen, daß sie einen Riß in die staatenhaltenden Parteien brächten und tobte gegen die Arbeitskammern, weil sie die Disziplin vernichten und ganz in die Hände der Sozialdemokratie fallen würden. Einziger Untergang der bürgerlichen Welt stand ihm vor den Augen. Sein einziger Trost war, daß nur die „unsoliden“ Arbeiter der sozialdemokratischen Verführung zum Opfer fallen. Aber das sind nun schon über zwei Millionen! Den Kampf gegen Herrn v. Stumm nahmen Herr Mörsch und Herr Heyl zu Herrnsheim mit gutem Erfolge auf. Herr Heyl bezeichnete die Stumm'sche Kritik an kaiserlichen Erlassen als unehrlich und fand scharfe Worte gegen den Centralverband deutscher Industrieller und seine Presse, deren schamlosen Dilettantismus in sozialpolitischen Dingen er nachwies. Werthvoll war seine Feststellung, daß der Centralverband einen übermächtigen Einfluß auf die Abgeordneten ausübe und die Majorität des Hauses seinen Herrschaftsgelüsten unterwerfen wolle. Herr Mörsch trat für die Gleichberechtigung der Arbeiter ein und verwarf

die Buchhausvorlage, deren Kommen er den Worten des über die Absichten der Regierungsvertreter besser als diese selbst unterrichteten Herrn von Stumm entnahm. Die Zeit war soweit vorgeschritten, daß die weitere Debatte auf den nächsten Schwerinstag verschoben wurde, so daß Genosse Wollenbuhne erst am nächsten Mittwoch erwidern kann.

72. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des folgenden Antrags der Abg. Dr. Lieber und Dr. Hilde (3): „Die verbliebenen Regierungen zu erläutern, thunlichst bald dem Reichstag einen Gesetzentwurf zum Zweck der Errichtung von Arbeitskammern vorzulegen, um so den Arbeitern den freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Rücksicht zu behalten“ (Kais. Erlass vom 4. Februar 1890) in Verbindung mit dem folgenden Antrage der Abg. Dr. Bachmücke (FVg.) und Mörsch (Wldlb.): „den Herrn Reichsminister zu erläutern, dahin zu wirken, daß ein Reichsarbeitsamt errichtet werde, welchem die Untersuchung und Feststellung der Arbeiterverhältnisse im deutschen Reich unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmern obliegt.“

Dazu liegen Unteranträge vor von den Abg. Freiherr Heyl zu Herrnsheim und Gen. (NL) betr. weitergehende Ausgestaltung der Gewerbegeherreien zu Einigungsämtern u. s. w. und von den Abg. Mörsch und Dr. Bachmücke betr. Verleihung der Rechtsfähigkeit an Berufsvereine, die den Vorschriften der §§ 50 bis 60 des Bürgerlichen Gesetzbuches genügen.

Dr. Hilde (C) führt zur Begründung des ersten Antrages an, daß derselbe die Verwirklichung der Ziele der Kaiserlichen Februar-Erlasse anstrebe, ohne einen bestimmten Weg als den allein richtigen etwa festzulegen zu wollen. Die Einführung der Arbeitskammern soll eine gesetzliche Vertretung der Arbeiter bedeuten, wie sie in Deutschland z. B. der Handel in den Handelskammern bereits hat. In diesen Arbeitskammern sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinigt sein, denn wir sind durchdrungen davon, daß die Interessen der Beiden im leichten Grunde solidarisch sind. Natürlich geht es auch gegenständliche Interessen zwischen ihnen, und es werden stets Versuche gemacht werden, Arbeiterorganisationen zu schaffen. Zum Schutz dieser besonderen Interessen halten wir auch unsere Forderung auf Bildung von Berufsvereinen aufrecht. Der prinzipielle Gegensatz, der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht soll, ist nur von der Sozialdemokratie konstruiert. In den Arbeitskammern wollen wir aber den Arbeitern ihre eigene Vertretung geben. Wenn sie hier mit den Unternehmen zusammen vereinigt werden, werden sie lernen, daß die Unternehmen durchaus nicht ihre geborenen Feinde sind, daß es nicht bloss blöder Wille ist, wenn die Arbeitgeber nicht alle Wünsche und Forderungen der Arbeiter erfüllen. Vor allem werden die Arbeiter in den Arbeitskammern mit den Ergebnissen der Statistik selbst vertraut werden. Die Statistik ist die einzige Macht, die am besten die Lehren der Sozialdemokratie widerlegt. Wir müssen die Arbeiter überzeugen von der Notwendigkeit der organischen Fortentwicklung. Ich erkenne es freudig an, daß auch in der Sozialdemokratie sich immer mehr eine Strömung nach dieser Richtung hin bemerkbar macht. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Ausführungen, die sich bei den wissenschaftlichen Diensten der Partei verbreiten, auch bis in die leichten Arbeiterkreise dringen. Es gibt im deutschen Arbeiterstand noch viel gesunde, christliche, nationale Elemente. Es wird die Aufgabe der Kommission sein, sich über die einzelnen Punkte der Organisation zu verständigen. Die Kosten für die Einrichtung würde auch der Staat tragen müssen. Wir würden unterschieden zwischen lokalen Arbeitskammern und Bezirkskammern. Die Aufgabe der Kammern wäre es vor Allem, Vorschläge und Gutachten zu geben über Arbeitsverhältnisse, Wohlfahrtsseinrichtungen, Wohnverhältnisse usw. Die Bezirkskammern sollen die Vorschläge prüfen und sie den Behörden übermitteln. Die Vorsitzenden sollen vom Staat ernannte Beamte sein und müssen besondere Energie und Taktgefühl besitzen. — Unsere Anträge enthalten nur den berechtigten Kern der 1878 von den Sozialdemokraten gestellten Anträge, die in der damaligen Form unannehmbar waren. Ich hoffe daher, daß dieser berechtigte Kern heute bei allen Parteien Anklang finden wird. (Bravo! im Centrum.)

Den Antrag Bachmücke-Mörsch begründet

Dr. Bachmücke (FVg.): Das Reichsarbeitsamt soll ein Observatorium der Arbeit werden. Es soll durch die Ausarbeitung der Statistik der sozialen Diskussion eine Unterlage geben. Die wissenschaftliche Nationalökonomie vergleicht heute nicht mehr unsere Wirkungsverhältnisse mit einer Leiter, deren mittlere Stufen auseinanderbrechen drohen. Es sind heute allenfalls Beziehen für die Bildung eines neuen Mittelpunktes vorhanden. Auch auf die Sozialdemokratie ist die neue Erkenntnis nicht ohne Einfluß geblieben. Viele der früher in der Sozialdemokratie unbefriedeten Theorien haben vor dem Schluß der Arbeitswilligen gesprochen. Nur der kann aber da über das gegenwärtig geltende Recht noch hinausgehen wollen, der nicht weiß, wie hart schon jetzt die Strafen für Exesse sind, die bei Arbeitsniederlegungen begangen worden. Auch hier erhält also die Notwendigkeit einer genaueren Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse. Ebenso würde sich die Tätigkeit des Arbeitsamtes auf die Landwirtschaft zu erstrecken haben. Gerade da können die vor ihm gefundene Ergebnisse die überraschendsten Ausschüsse geben. Zahlreiche Maßnahmen für das vor uns verlangte Reichsarbeitsamt bietet uns das Ausland. Ein Bedürfnis für die Statistik ist jedenfalls vorhanden. Ich beantrage, unser Antrag im

Plenum zu behandeln, den der Nationalliberalen aber an die Gewerbegeherreien zu verweisen. Ich hoffe, daß unter Antrag auf allen Seiten des hohen Hauses Sympathie finden wird. (Bravo!)

Frl. v. Stumm (FVg.): Ich bedaure, dem Herrn Vorredner die Illusion nehmen zu müssen, daß sein Antrag bei allen Parteien auf Sympathie stoßen wird. Er wäre vor 20 Jahren noch andenkbar gewesen. Dieser Antrag sowie der Antrag Lieber verschafft ohne Zweifel der Sozialdemokratie einen großen Triumph. 1885 wurde ein ähnlicher Antrag der Sozialdemokraten in der Kommission begraben. Ich hatte auch heute noch die Übertragung des Knappschäftsweins auf die ganze Industrie für möglich. Für viel wichtiger als diese sozialpolitischen Experimente halte ich nach wie vor die Wittwen- und Waisenversorgung; sie steht den Arbeitern Brod, solche Experimente dagegen nur Steine. Die Vorschläge des Herrn Hilde zeigen, daß er keine praktische Erfahrung hat. Wenn er sich bei jedem Streit der Arbeiter sofort an die Arbeitskammern wenden darf, dann ist die Disziplin bald zum Teufel. Ich weiß auch gar nicht, woher Herr Hilde das Material für die Arbeitskammern nehmen will. Es ist schon heute sehr schwer, die richtigen Leute für die Selbstverwaltung zu finden. Wie soll das hier werden, wo viel wichtigere Dinge in Frage kommen? Außerdem kann die Institution nur den anarchistischen und sozialdemokratischen Führern zu Gute kommen. Der Arbeiter selbst wird schwer in die Arbeitskammern zu bekommen sein, denn ihm liegt die Erziehung seiner Familie viel mehr am Herzen. — Ich halte den Antrag Heyl für unannehmbar. Die Gewerbegeherreien haben ganz andere Funktionen, als sie den Arbeitskammern zufallen sollen. Ich muß sagen, da ist mir der Antrag Hilde noch lieber als der Antrag Heyl. Denn der Antrag Heyl ist nur gegeben, die sozialdemokratischen Gewerbegeherreien zu stärken; danach wird der Arbeiter neugewonnen, diese Gewerbegeherreien anzuerkennen, während er sie jetzt ignorieren kann. Gegen diese Anträge ist die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine das reine Kinderspiel. (Abg. v. Kardorff: Sehr richtig!) Die Arbeitskammern werden geradezu einen Stimulus für die Arbeiter für Wohnerbühungen bilden. Die Arbeiter werden fortwährend über Wohnerbühungen informiert. Das Einigungsamt wird vermittelnd und die Hälfte der Wohnerbühungen zulassen. Die Arbeitgeber können auf Wohnerbühungen meist ohne Schädigung ihrer Interessen nicht eingehen: Es kommt zum Streit. Eine andere Entwicklung scheint mir unabsehbar. (Abg. v. Kardorff: Sehr richtig!) Ich erinnere mich dahin: für statistische Zwecke genügt die Kommission für Arbeiterstatistik vollkommen. Ein Reichsamt für Arbeiterstatistik im Sinne des Antrages Bachmücke würde nur den Kampforganisationen der Arbeiter die Waffen liefern, und dazu sind wir nicht verpflichtet. Ich hoffe, die Regierung wird sich niemals auf diesen Antrag drängen lassen. (Lebh. Bravo! beim Abg. v. Kardorff.)

Frl. Heyl zu Herrnsheim (NL): Wenn Herr Stumm die Einigungsämter als Steine statt Brot für die Arbeiter bezeichnet, so muss ich sagen, daß ich auf eine beratige Kritik der Kaiserlichen Erlasse keine Erwiderung finden kann. (Große Heiterkeit). Ferner sprach Herr v. Stumm über das unweise Urtheil und den Dilettantismus der Arbeiterverbände. Nun, der Centralverband deutscher Industrieller hat in den meisten Dingen, aber die er ein Urtheil abgegeben, einen weit größeren und schädlicheren Dilettantismus bekannt. (Schr. wahr! b. d. Soz.) Es hat sich schon oft gezeigt, daß Fabrikarbeiter sehr richtige Grundrisse für Arbeiterwohnungen liefern, während Entwürfe der Baumeister unbrauchbar waren. Sollen wir da nicht mit Freuden die Mitarbeit der Arbeiter auch auf anderen Gebieten begrüßen? Herr v. Stumm fürchtet, daß Sozialdemokraten in die Arbeitskammern kommen werden. Nun, ich halte es für eine Beleidigung der deutschen Arbeitgeber, wenn man glaubt, sie werden nicht der moralischen Wuth haben, gegen unberechtigte Forderungen der Sozialdemokraten in den Arbeitskammern anzukämpfen. Herr v. Stumm hat ganz Recht, wenn er glaubt, daß, wenn die Anträge heut abgelehnt werden, sie wiederkommen werden, und ich glaube, es gehört ebensoviel Mut dazu, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, wie Mut dazu gehört, trop der sozialdemokratischen Agitation die Interessen der staatstreuen Arbeiter zu vertreten. (Lebh. Bravo! links und im Centrum.)

Dr. Mörsch (Wldlb.): Wir haben den Antrag eingebrochen, um den Arbeitern die Vertretung ihrer Interessen zu ermöglichen. In unseren Anträgen sehen wir einen Schritt weiter zur Verwirklichung der kaiserlichen Februar-Erlasse. Nur Überschreitung kann diese Anträge als sozialdemokratische bezeichnen. Es gibt viele Dinge, die Arbeiter und Arbeitgeber gleichmäßig interessieren. Von den vorliegenden Anträgen weiß ich dem des Fr. Heyl den Vorzug. Ich freue mich über seine Gegnerhaft mit Herrn v. Stumm. Der Unmut über den sozialpolitischen Kurs des Herrn v. Stumm begreife ich. Alle Vertreter des patriarchalischen Prinzips teilen ja dieses Unmut; ich könnte sie besser als die Vertreter des Arbeitgebers. Absolutismus bezeichnen. (Schr. richtig! links.) Es wird immer von den großen gesetzgebenden Schwierigkeiten gesprochen, die unseren sozialreformaristischen Absichten entgegenstehen. Es bedarf aber wirklich keines großen gesetzgebenden Kunststücks um den Arbeitern volle Koalitionsfreiheit zu geben. (Schr. richtig! links.) Herr v. Stumm hat auf den Anfang der Ausfuhr in manchen Branchen hingewiesen. Über den Inlandskonsum ist geklagt, und es liegt gar nicht im Staatsinteresse, wenn die Behörden sich gegen Streiks im allgemeinen wenden, die doch dazu dienen, die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse zu steigern und damit den Inlandskonsum zu erhöhen. Damit will ich natürlich nicht die Berechtigung jedes Streiks das Wort reden. Was ich verlange, ist nur volle Neutralität. Herr v. Mörsch, der Vorsitzende der Rechten, hat am 17. Mai 1890 ausgesprochen, daß das Zusammenfassen der Arbeiter in Berufsvereinen auch im staatlichen Interesse liegt. Ich freue mich, daß Herr

Arbeitsruhe ist die würdigste Form der Mai-Feier!

v. Geht ein Blitzerarbeiter für die Angriffe geworden ist, die früher gegen mich allein gerichtet wurden. (Helferkelt und Belfall.)
B a s s e r m a n n (M.) : Ich bin mit dem Antrag Kochnida ganz einverstanden. Wir befassen im Gegenfay zu Ich. v. Stumm die Frage, ob bestartige Organisationen abthig sind. Wird Herr v. Stumm auch den Minister Dr. Bönenreuther, der sich gleichfalls für Arbeiterkammern ausgesprochen hat, der Förderung sozialdemokratischer Endzwecke beschuldigen? (Helferkelt.) Wir haben ja den gleichen Standpunkt vertreten wie heute, bereits 1888 hat mein Freund Dr. Oechelhäuser sich für die Wünsche der Arbeiterklasse ausgesprochen. Ich bemerke nichts von dem Rish, den unsere Haltung in die staatsverhaltenden Parteien machen soll. Auch Herr Jacobstötter hat sich für die Arbeiterkammern ausgesprochen, als ein Mittel zum Frieden. Ich komme mit Herrn Ohne zu dem Schlus, daß die Seiten des patriarchalischen Systems vorüber sind. Den Neuerungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller lege ich kein Gewicht bei. Hat er doch selbst den Grafen Posadowitz bereits zum Sozialdemagogen gestempelt! Was wir den Handwerkern und der Landwirtschaft zubilligen, müssen wir auch den Arbeitern gewähren. Auch eine gesetzliche Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist wünschenswert. Mit unseren Anträgen gerathen wir fernerwegs auf Abwege, fördern aber wesentlich den sozialen Frieden. (Lebh. Befl. b. d. Plat.)

Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Donnerstag, Mittags 1 Uhr. (Schwelle Sitzung
der Banngesetznovelle).
Schluß 8½ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

So kann auf die Dauer nicht regiert werden, schreibt die „Köln. Volksztg.“ in einem Artikel über die Kanalvorlage. „Es mag sein, daß Herr v. Miquel wirklich ein warmer Freund der Kanalvorlage ist, aber das ist schon ein großer Uebelstand, besonders im Interesse der Staatsautorität, daß er von dem überwiegenden Theile der öffentlichen Meinung nicht dafür gehalten wird. Erst werden alle möglichen Privataufrüngungen des Kaisers verbreitet, die sich mit der größten Lebhaftigkeit für den Mittellandkanal aussprechen, dann wird im Ministerium mit ungeheurer Sorgfalt eine bezügliche Vorlage ausgearbeitet, und schließlich, wenn es „zum Schoppen“ kommt, ist alle Welt in Zweifel, ob der Kanal nun ernstlich beabsichtigt sei oder nicht. Mit ausgesuchtem Hohn sagte Graf Kanitz: „Herr v. Miquel, der, wenn ich ihn recht verstanden habe, für den Kanal gesprochen hat.“ Das sind doch unmögliche Zustände, dabei kann das Ansehen der Regierung nicht gedeihen. Im Volke darf nicht die Meinung auftreten, daß die Regierung selber nicht weiß, was sie will, oder daß in den wichtigsten Fragen sich zwei Parteien in ihr befinden, die sich gegenseitig die Waage halten. Geht es doch nicht allein in Bezug auf die Kanalvorlage so, auch in Bezug auf andere Gesetzentwürfe, z. B. das Fleischbeschauugesetz, wird gemunkelt, daß sie in Regierungskreisen selbst die schärfsten Gegner hätten. So kann auf die Dauer nicht regiert werden!“

Die Wahl Singer's in die Schuldeputation. In der Dienstag Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten Justiz- raths Dr. Meyer und in Anwesenheit des Bürgermeisters Kirschner stattgehabten vierten Sitzung des Stadtverordnetenausschusses zur Vorberathung der Vorlage betr. die anderweitige Wahl eines Mitgliedes der Schuldeputation an Stelle des für dieses Amt gewählten, aber nicht bestätigten Stadtverordneten Singer lagen 4 Anträge vor, von denen drei bestritten, daß die Regierung oder der Magistrat ein Bestätigungsrecht hätte und weiter verlangten, daß der Stadtverordnete Singer endlich in die Schuldeputation durch den Magistrat eingeführt werde. Der vierte Antrag wollte eine Neuwahl veranlassen. Nach eingehender Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse hat der Ausschuß den Antrag auf Vornahme einer Neuwahl abgelehnt und mit großer Mehrheit zunächst beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, auch den Magistratsantrag auf Vornahme einer Neuwahl abzulehnen. Sodann fand eine Abstimmung darüber statt, ob für diese Ablehnung Motiv angegeben werden sollen. Dies wurde von der Mehrheit des Ausschusses verneint. Schließlich wurde der Antrag, den Magistrat zu ersuchen, nunmehr baldigst die Einführung des Stadtverordneten Singer in das Amt als Mitglied der Schuldeputation zu veranlassen, abgelehnt, so daß jetzt der Antrag an die Versammlung verbleibt, die Neuwahl nicht vornehmen. Zum Berichterstatter für das Plenum ist der Stadtverordnete Justizrat Meyer gewählt worden. — Hiernach erachtet der Ausschuß den Stadtverordneten Singer für zu Recht gewählt, überläßt es aber dem Magistrat, wann er Singer in sein Amt einführen will. Ein Besluß, wie er von den pfauenweichen Liberalen des rothen Hauses nicht anders

zu erwarten war!

Der Nachtragsetat zum Reichshaushalt enthält mehrere Forderungen für das Reichsamt des Innern. Es soll nach dem „S. Corr.“ u. a. eine Position für einen neuen vorzutragenden Rath eingestellt werden, der hauptsächlich mit den Fragen der Betriebsübersicht betraut werden und speziell die Arbeiterschutz-Beauftragten bearbeiten wird. Für diese Stelle ist ein praktisch erfahrener Gewerberath in Aussicht genommen. Unter den einmaligen Ausgaben wird sich eine Summe für die Verwaltung des Dienstgebäudes finden. Weiter werden Mittel eingestellt, um den dem Reichsamt des Innern unterstehenden technischen Instituten die Beteiligung an Spezial-Ausstellungen zu ermöglichen. Der Reichstag ist mit einer Summe für Herstellung einer eigenen Anlage für Versorgung des Hauses mit elektrischer Kraft entsprechend dem Beschlusse des Reichstages bedacht. Gegen diese Mehrforderungen kommt eine Ersparnis von 750 000 Mark bei der Damvfer-Subvention im

Betracht, da der 14tägige Verkehr des Lloyd nach Ostafien statt am 1. April erst am 1. Oktober aufgenommen wird.

So wirbt man Mitglieder für den Gottesverein!

Ein Mann nach dem Herzen Stunzis. Zu einer Zeit, wo so manches faul ist im Staate — nicht gerade Dänemark, aber Deutschland, da muß Gesundes frant werden und Vieles, das frant ist, als gesund erscheinen. Nur wenn man sich dies vor Augen hält, kann man es begreifen, daß ein Düsseldorfer Rechtsanwalt, Dr. Eugen Boninger, auf den sünderbaren Gedanken kam, eine Broschüre, die er eben in die Welt schickte, mit dem Titel zu versehen: „Veltende Gedanken gesunder Betriebswirtschaft.“ Die Schrift ist einflammendes Protest gegen die Sozialreform. Gleich auf den ersten Seiten versichert uns der Verfasser: „Man fördert die urtheilslose Menge (mit sozialpolitischen Vorschlägen), ohne zu beachten, daß schon jetzt die zusammengezrumpften Erträge des in der Industrie werbenden Kapitals dem letzteren vielfach nur sehr zweifelhafte Gewinne bieten, und daß die Versuche, die Theorie einer besseren Beteiligung des Arbeiters an jenen Erträgen durch Wittwen- und Wasserverstherung, fernere Begrenzung der Arbeitszeit, Einführung von Arbeitertumoren, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und dergleichen in die Wirklichkeit zu überführen, sehr bald dahin führen würden, unsere Industrie nicht nur auf dem internationalen Markt konkurrenzunfähig, sondern überhaupt das gesamte Gewerbe lebensunfähig zu machen, das Kapital aus den gewerblichen Unternehmungen zu vertreiben und an Stelle von Thätigkeit und Verdienst den Arbeiter durch allmäßliche Vernichtung jeglicher Erwerbsgelegenheit dem Berühmten Nichts gegenüber zu stellen.“ Schauderbar, in der That! In dem Ton geht es aber weiter: „Man hat unserer aufblühenden Industrie einen Stoß versetzt (mit der Sozialreform), von dem sie sich schwerlich jemals erholt.“

Sozialreformen), von dem sie sich aufmerksam hören möchten
wird.“ „Ei, ei; wie stimmt denn damit der glän-
zende Aufschwung, den die deutsche In-
dustrie in den letzten Jahren genommen
hat? Aber es wird immer besser: „Man hat den Ar-
beiter besser gestellt, wie im Verhältnis zu den Lebens-
bedingungen irgend einen Arbeiter der Welt.“ Wirklich?
Der Verfasser hat offenbar keine Ahnung davon, wie der
amerikanische und englische Arbeiter lebt. Dann spricht
er von der „maßlosen Übertriebung“ unseres Arbeiters-
schutzes und fährt fort: „So kann man getrost sagen,
daß die Lage der arbeitenden Bevölkerung in Deutsch-
land eine glänzende ist, in Berücksichtigung ihrer Lebens-
verhältnisse eine bessere, wie die aller übrigen Stände des
Volkes.“ Also so weit sind wir schon? Da werden
wohl nächstens die „oberen“ Klassen bei den Arbeitern
betteln gehen. Sie können das getrost thun, denn die
Arbeiter haben viel mehr als sie brauchen. Versichert
doch Herr Böninger außerdem noch, daß in der Industrie
„übertrieben hohe Löhne“ gezahlt werden. Dann be-
geistert sich der Verfasser für indirekte Steuern, da es
ungebührlich sei, die begüterten Klassen durch hohe direkte
Steuern zu belasten. Und so geht es fort ohne Grazie.
Aber schon das Angeführte genügt, um zu zeigen, wie
kraut die Volkswirtschaft wäre, die noch den Gedanken
des Herrn Böninger geleitet würde. Hoffentlich verhilft
König Stumm dem „gesunden“ Volkswirtschaftler Bö-
ninger recht bald zu einer Professorur, damit derselbe vom
Katheder herab seine „gesunde“ Volkswirtschaft vortragen
kann. Bei dem Glückschlag, dessen sich Stumm in Preußen-
Deutschland erfreut, dürfte ihm das sicherlich nicht schwer
fallen.

Die Folgen der Ausbeutung. In dem kürzlich erschienenen Jahresbericht der Handels- und Gewerbe-
kammer von Chemnitz wird nach der „Frz. Btg.“
geklagt, daß für die Wirkerei männliche
Arbeiter schwer zu haben seien. Es fehle
der Nachwuchs. Grund hierfür sind lediglich die
schlechten Löhne, die oft noch geringer als bei
den Handwebern sind. Es wurden kürzlich in Gruna,
einem Orte dieses Bezirks, die Jahres-
einkommen von 293 Handelschwirtern
festgestellt. Es verdienten im Jahr 20 Arbeiter bis zu
200 Mark, 57 : 2—300 M., 28 : 3—400 M., 133 :
4—500 M., 40 : 550—600 M. und 15 : 700 Mark
und darüber. Daß ein Erwerbszweig mit solchen Löhnen
für die Arbeiter nichts Anziehendes hat, ist leicht ver-
ständlich. Uebrigens verdienen auch die Fabrikanten der
Artikel, für die ein derartiger Lohn gezahlt wird, oft
nichts. Der Weltmarktpreis dieser Waaren ist namentlich
durch die plausile und skrupellose Spekulation sächsischer
kleiner und kleinsten Fabrikanten so tief heruntergedrückt
und der Mitbewerb ist noch heute ein derartiger, daß der
Gewinn an diesen Waaren fast immer ein sehr dürftiger

ist und wahrscheinlich so bleiben wird. Die Arbeiter üben lediglich die Pflicht der Selbstverhaltung, wenn sie derartigen Gewerkschaften den Rücken lehnen.

Ein Rothscher eines oberschlesischen Landarbeiters aus der Statiborner Gegend gelangte an einen oberschlesischen Genossen. Er verdient es wohllich, weiteren Kreisen bekannt zu werden. Nach der famosen Interpellation des Landtags-Abgeordneten Szytula sollen die oberschlesischen Güterbesitzer an durchbarem Arbeitermangel leiden. Es kann mit diesem Arbeitermangel so schlimm nicht sein; sonst wäre es nicht möglich, daß die Gutsheime ihre Arbeiter immer noch so behandeln, wie unser Landproletariat schreibt. Er schreibt nämlich:

„Ich wende mich an Sie wegen der vorjährigen Wahl. Die Dienstboten mühten wählen nach Belieben der Herrschaften; wenn sie frei wählen, so sind sie die größten Feinde der Herrschaften. Dafür, daß ich . . . gewählt habe, muß ich sehr viel leiden. Ferner erkläre ich Sie, dahin zu wirken, daß doch der Lohn der herrschaftlichen Dienstboten und Arbeiter erhöht werde. 72 Pf. jährlich, das ist doch zu wenig; wenn wir doch wenigstens 120 Pf. kriegen! Das Deputat, daß der Arbeiter bestimmt, reicht nur auf sechs Wochen, zumal wenn der Arbeiter fünf oder sechs Kinder hat. Es beträgt 2 Centner 56 Pfund Korn, 1 Centner 89 Pfund Wurst, 88 Pfund Weizen, 7%, Etc. Kartoffeln oder eine Menge Kartoffelland auf 3 Monate, 2,50 Pf. Milch- und Buttergeld, 30 Pfund Staubkohlen und zwei Gebünd Rieserruthen als Brennmaterial pro Woche; da mühten die Dienstboten im Winter mit Frau und Kind erfrieren.

Das ist der ganze Gehalt eines Rechtes.^{*)} Dass sie müssen er arbeiten von früh 5 Uhr bis Abends um 9 Uhr; wie soll ein Mensch das aushalten. Auch für die Hofarbeiter^{*)} muss gesorgt werden. Diese müssen von früh 6 Uhr bis Abends um 8 Uhr für 70 Pf. täglich arbeiten. Die Dorfmänner^{*)} verdienen täglich 90 Pf. oder 1 Mael, diejenigen, die über eine Weile laufen müssen, bekommen 1,20 Mark und müssen ebenfalls von früh 5 bis Abends 8 Uhr arbeiten. Wenn das nicht geändert wird, so haben wir in 50 Jahren keine gesunden Rekruten mehr, weil die Frauen zu schwer und zu lange arbeiten müssen.

Herner rüft im Fleischolz über die galizischen Vandarbeiter gesprochen werden. Diese werden uns vorgezogen und haben mehr Recht im Lande, wie wir. Sie nehmen uns die Arbeit weg, zur Mobilisierung aber werben sie nicht eingezogen und brauchen dem deutschen Vaterlande nicht zu Hülfe zu kommen. Ein galizischer Arbeiter verdient täglich bis 20 Mf., ein galizisches Mädchen bis 1,50 Mf. Wenn doch unsere Hofsleute wenigstens 1,50 Mf. (der Mann) und 1 Mf. (die Frau) täglich verdienen; da willcede die Noth nicht so groß sein

Im Reichstage müßte festgesetzt werden, daß jeder, der nicht die gesetzlichen Löhne zahlt, mit Geldbuße oder Haft bestraft wird, daß die Lohnblätter kontrolliert werden und daß die Herren vom Lande den Herren von der Regierung nicht die Augen zulächeln dürfen.

Die ober-schlesischen Herrschaften sagen oft, daß die Leute nicht arbeiten wollen. Sie wollen allerdings nicht, wenn der Allord-lohn so gestellt wird, daß nichts verdient werden kann; sie laufen fort und suchen sich anderweitige Arbeit. In Fürstl. Rudolpha gählt man 70 Pf. täglich den Weibern und zu Poln. Krawarn gählt man den Weibern gar nur 55—60 Pf. und den Männern 75—80 Pf. täglich. In den Wintermonaten bekommen die Frauen in Poln. Krawarn 35—40 Pf. täglich, die Männer 50 bis 60 Pf. Es wäre sehr gut, wenn das im gleichen Tage einmal vorgetragen würde."

Aufstand schwarzer Truppen in Kamerun. Aus London wird gemeldet: „Nach Berichten des gestern in Liverpool von Westafrika angelkommenen Postsiddampfers „Boma“ wurde ein allgemeiner Aufstand durch schwärzen Truppen in Kamerun durch promptes Einschreiten der deutschen Militärbehörden verhindert. In der Station Buea im Kamerungebirge verhinderte der deutsche Offizier die Meuterei der Negertruppen durch Anwendung einer List. Er erschoss vier Meuterer; die übrigen wurden verhaftet und nach Kamerun gebracht.“ Die „Voss. Ztg.“ bemerkt hierzu: Es handelt sich hier augenscheinlich um die schon öfters bekannt gemachte Meuterei der Wehrjungen in Buea, die im Neime erstickt und streng bestraft wurde. Von dem Plane eines allgemeinen Aufstandes der schwarzen Truppen in Kamerun ist bisher nichts bekannt geworden.

Neue Marinesforderungen? Man schreibt bei „Sächs. Arb.-Blg.“ aus Kiel: Auf der kaiserlichen Werft in Kiel wird augenblicklich eine außerordentlich rege Thätigkeit entfaltet. Ueberarbeitzeit ist an der Tagesordnung und zwar in einem Maße, wie es früher nicht annähernd der Fall gewesen ist. So haben an einem der letzten Sonntage ca. 1000 Arbeiter den ganzen Tag arbeiten müssen. Weshalb nun diese noch nie dagewesene Ueberarbeit? Bei den Arbeitern, ja, bis in die Kreise des Beamtenthums hinein, ist die Ansicht vorhanden, die Marineverwaltung will gegenüber dem Reichstage den Beweis liefern, daß die kaiserliche Werft den an sie gestellten Ansprüchen nicht mehr genügen könne, und daß dieselbe unbedingt vergrößert werden müsse. Hiermit stimmt auch vollständig überein, daß verschiedene auf der Werft geplante Bauten (bei einigen waren schon selbst die Planungsarbeiten in Angriff genommen) nicht ausgeführt worden sind, jedenfalls in Hinsicht auf die zu erwartende Vergrößerung. Ein an die Werft grenzender Landkomplex, zur Gemeinde Gaarden gehörig, ist schon längst für die eventuelle Vergrößerung der Werft in Aussicht genommen. Das ist die Schraube ohne Ende. Eine jahrelange Forderung der Marineverwaltung waren die großen Trockendocks, weil nach Ansicht der Fachleute die größten Panzerkolosse auf den kaiserlichen Werften nicht docken konnten. Die Trockendocks sind bewilligt und zu gleicher Zeit im letzten Marine-Estat auch eine ganze Anzahl der großen modernen Panzerschiffe. Um aber nun die schon bewilligten und noch zu bewilligenden Neubauten fertigzustellen und ganz besonders um die Endienst-

*) Knechte sind die auf's Jahr gemieteten Männer, zu deren besonderer Obliegenheit die Besorgung der Gespannarbeit mit den Pferden gehört; sie wohnen meist auf dem Dominium selbst; die Hofsleute sind ebenfalls meist auf ein Jahr gemietet, sie verrichten meist nur Handarbeit, die Männer auch Gespannarbeit mit Ochsen; die Dorfsleute sind völlig freie Arbeiter, die nur in arbeitsreichen Zeiten im Wochenlohn gehalten werden. Freie Wohnung haben meist nur die Knechte, hier und da auch die Hofsleute.

stellung für die so heiß ersehnte spätere „größere“ Flotte bewältigen zu können, muß die kaiserliche Werft vergißbar werden. Vom Standpunkte der Marineverwaltung eigentlich ganz logisch, nur werden sich die deutschen Arbeiter mit dieser Logik schlecht befrieden können, denn eine in größerem Umfange geplante Erweiterung der Werft wird ein hübsches Sümmchen von Missionen erfordern. Auch vom sozial-politischen Standpunkt aus ist die Überzeugarbeit auf der Werft bemerkenswerth. Zu der am 5. April in Eckernförde stattgesundenen Jubelfeier war auf kaiserlichen Befehl auch das Panzerschiff „Oldenburg“ kommandirt. Außer diesem Panzer war auch das in Riel liegende Geschwader bestimmt, sich auf kurze Zeit in der Eckernförder Bucht lehen zu lassen. Um nun die beiden Panzer „Baden“ und „Bohern“ soweit in Dienst zu stellen, daß sie mit dem Geschwader zur Verherrlichung der „Jubelfeier“ nach der Eckernförder Bucht dampfen konnten, mußten 30—40 Arbeiter den in Schleswig-Holstein als gesetzlichen Festtag geltenden Gründonnerstag arbeiten, auch noch die ganze Nacht hindurch bis zum Charsfeitag morgens 9 Uhr. Desgleichen die Nacht vom Sonnabend auf den Ostermontag bis zum Mittag des Ostermontags. — Wie hieß es doch in dem kaiserlichen Erlass vom 1. Februar 1890? „... daß es eine Aufgabe der Staatsgewalt sei, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleibent.“ — Wundern soll es uns nicht, wenn die Regierung die Vergrößerung der Werft damit begründet wird, daß es ihr zur Zeit unmöglich sei, die kaiserlichen Erlass auszuführen.

Neue politische Nachrichten. Eine neue Union ist die Sanitätsoldaten ist, nach den „Berl. Meiss. Bl.“ geplant. An Stelle der dunkelblauen Kragen und Aufschläge sollen farbenfrohe treten, sowie eine rote Mütze mit großem Schirm, um die Sanitätsmannschaften im Felde schon von weitem kenntlich zu machen. — Die Privatpost-Besitzer Südbentzlands wie auch verschiedene norddeutsche Inhaber von Privatposten haben beschlossen, in letzter Stunde noch eine dringende Petition an den Reichstag zu richten, um eine Abänderung der bisher gesetzten, die Ausübung ihrer Betriebe betreffenden Maximalsummenbeschlüsse herbeizuführen. Verlorene Liebesmüh! — Saatenstand im Deutschen Reich März: Winterweizen 2,3, Winterpelz 2,8, Winterroggan 2,7, Klee 2,6, Luzerne 2,5, Bieken 2,5. Der Winter 1898/99 verlief sehr gelinde ohne hohe Kältegrade. Die Winterschläge während des Winters waren unbeträchtlich. Zusätzlich haben die Mäuse erheblich zugenommen; unter ihnen haben vornehmlich Roggen und Klee zu leiden. Die Frühjahrsbestellung ist in vollem Gange und Theilweise beendet. Die folte Zeit im März hieß im allgemeinen die Saaten in der Entwicklung zur Strecke — Nun in Postzeitungenstaat sind, der „Nord. Alig. Blg.“, zufolge vom Reichsamt der Postkommission des Reichstags Berechnungen zugegangen. Danach beträgt die gegenwärtige Einnahme der Post aus der Zeitungsbeförderung 7592307 Mark. Nach dem Tarif der Regierungsvorlage würde die Einnahme betragen 9307458 Mark, also mehr 1806178 Mark. Nach dem Tarif der Regierungsvorlage mit Erhöhung der Sähe um 20 p.C. für jedes Erscheinen in der Woche und für das Gewicht betrüge die Einnahme 8298132 Mark oder mehr 707825 Mark. Nach dem Tarif der Regierungsvorlage mit 1 Kilogramm Freigewicht für jedes Erscheinen in der Woche würde die Einnahme betragen 7758780 Mark, also mehr 177453 Mark. **Polnischer Sprachunterricht.** Der preußische Kultusminister hat am Montag zwei polnische Abordnungen aus Posen und dem großen Posener Vororte Jędrzych empfangen, welche dem Minister eine Billikchrift der Posener und Herziger polnischen Familienväter überreicht haben. Es wird in der Petition gebeten,

Schweiz.

Schweiz.

Das wilde Land. Genosse Robert Seidel ist Bürich, der bekannte Parteigenosse, der bis zum Jahre 1890 im Kanton Glarus als Schuldarlehrer wirkte und sodann die Redaktion der „Arbeiterstimme“, im vorigen Jahre diejenige des Bülacher „Wolfsredit“ übernahm und von letzterer Stelle im Dezember 1898 zurücktrat, ist wieder in den Schuldienst zurückgekehrt. Der Bülacher Erziehungsrath hat ihm vorläufig eine Schuldarlehrer-Berweserstelle in Ruswil (Bülach) übertragen; die definitive Wiedernominierung wird dann wohl bald folgen. Seidel ist als Lehrer allgemein anerkannt und begleisten daher sogar bürgerliche Blätter seine Rückkehr zur Schule. Immerhin verdient die Vorurtheilslosigkeit der bürgerlichen Öfförde zu einer Zeit, da man in Berlin einen Privatbezogenen seiner sozialdemokratischen Gesinnung wegen ausregelt, unsere Anerkennung.

Franzcid).

Von der Dreyfus-Affaire. Der „Figaro“ veröffentlichte Mittwoch weitere Aussagen des Hauptmanns Guignet, die in den Sitzungen abgegeben sind, in welchen die geheimen Aktenstücke dem Kassationshofe vorgelegt wurden, ferner die Aussagen des früheren Minister Barthou und Guérin. Guérin war im Jahr 1894 während des Prozesses Justizminister. Barthou legte das Verhalten des Ministers Lépine dar. Dieser hätte es für nothwendig erachtet, den die Angelegenheit beendigenden Spruch des Gerichts zu respektieren. Ferner gab Barthou an, er habe während des Zola-Prozesses General Billot an der Schuldbesitzung des Dreyfus zweifeln hören. Guérin erklärte, daß er z. B. die Mittheilung von der Verhaftung des Hauptmanns Dreyfus vom General Miecer erhalten habe, da seine Überzeugung von der Schuldbesitzung auf das Vordereau, die in dem Vordereau aufgeföhrten Schriftstücke und auf das Dictat stützte. Alle Minister billigten die Verfolgung, nur Bonnatouy mache einige Einwendungen. Von einer Mittheilung geheimer Schriftstücke an die Richter des Hauptmanns Dreyfus habe er erst in dem Zola-Prozesse gehört. Von den angeblichen Geständnissen des Dreyfus habe er ebenfalls nichts als Barthou etwas erfahren. — Dem „Mappel“ zufolge hat der Poststaatssekretär Paleologue in seiner Aussage vor der Kriminalkammer erklärt, daß die in Seriegelministerium vorgenommene Deckstruktur der bekannten Panssierdiagramme mit auf einem Irrthum beruhe, sondern geradezu eine Fälschung sei. — Der Kassationshof beschloß Dienstag, gewisse Konfrontationen zu vermeiden, namentlich zwischen militärischen Kreisen, um gewaltsame Auseinandersetzungen vorzubeugen. — Zu der Vernehmung des Polizeipräfekten Lepine bemerkte Siecle: Lepine habe in seinem Berichte dargethan, daß Dreyfus, der von gewisser Seite als Spieler benannt worden war, in seinem Spiel-Club in Verührung gestanden habe. Hentz habe indess diesen Bericht nicht vorgelegt. „Siecle“ verlangt, der Kassationshof solle nachforschen, was aus Lepine's Bericht geworden sei.

Spain.

Die Carlisten scheinen in der That einen finanziell kräftigen Gönner gefunden zu haben. Vor Kurzem hört man schon, daß das Madrider Organ des Don Carlos der „Correo Espanol“ in den Besitz eines Engländer übergegangen sei. Dieser Engländer ist der Lord Ashburnham, dessen überspannte legitimistische Gefühle und Sympathien für den Carlismus bekannt sind. Jetzt meldet die „Nat.-Btg.“ aus Paris: Hiesige Finanzkreise bestätigen, daß Lord Ashburnham in London ein Syndikat zur Beschaffung von Geld für die carlistische Sache gebildet hat. Die Theilnehmer sind weniger Spekulanten, als politischer Fanatiker, darunter aber desto eifriger. Fest steht, daß Don Carlos bereit ist, sich zigt aufen d Pfund Sterling (1200 000 Mark) von ihnen erhalten hat. Diese Summe soll zu Gewinnung eines Rückenpunktes an der baskischen Küste dienen, von wo aus die Carlisten besser arbeiten zu können glauben. Ashburnham hofft, sobald man sich eines Rückenpunktes bemächtigt habe, mehr englisches Kapital für das Unternehmen interessiren zu können. In den baskischen Provinzen steht namentlich die Geistlichkeit fest zum Carlismus.

Stufland.

Kalenderreform in Russland. Je mehr Russland in den allgemeinen Weltverkehr eingetreten ist, desto dringender hat sich das Bedürfnis nach einer Reform des Kalenders geltend gemacht. Zur Prüfung dieser Reformfrage ist bei der astronomischen Gesellschaft in Petersburg ein Ausschuß eingesetzt worden, der sich jetzt an alle Ministerien mit dem Erzuchen um ein Gutachten gewandt hat. Die Ministerien der Verkehrswägen, des Innern, der Finanzen und des Außenreisenden sprachen sich dahin aus, daß eine schnelle Reform wünschenswert sei. Der Ausschuß wird die Arbeiten voraussichtlich Anfang Juni beendigen.

Philippinen

Auf den Philippinen erhellt die ganz verzweifelte Lage der Amerikaner daraus, daß der General Otis den spanischen General Rios gebeten hat, die spanischen Truppen von Mindanao nicht eher zurückzuziehen, bis die Amerikaner das Gebiet besetzt haben würden. Otis hat am Dienstag einen neuen Sieg in die Heimat gebracht.

meldet: Auf dem Marsche nach Calumpit stieß die Brigade des Generals Hale auf heftigen Widerstand, schlug den Feind aber unter schweren Verlusten zurück und eroberte die feindlichen Verschanzungen. General Hale hatte sechs Tote und zwölf Verwundete. Die Division Mc Arthur's, zu welcher die Brigade Hale gehört, hat jetzt Calumpit umzingelt. Nach einem Telegramm vom Mittwoch hat die Division Mc Arthur Calumpit genommen. Die Filipinos, die hartnäckigen Widerstand geleistet hatten, sind in's Gebirge zurückgetrieben worden. Auf Seiten der Amerikaner sind 8 Mann gefallen.

Urbest und Nachbargebiete.

27, April.

Stadt Travemünde. Unter dieser Devise schreiben die „Üb. Ang.“ in ihrer kleinen Ausgabe im Briefkasten:

Sie entzüsten sich vergeblich. Wenn der Goldmann Singer erster Klasse fährt, so ist das sein gutes Recht, denn wahrscheinlich hat er sein Billet doch bezahlt. Auf Staatskosten kann ein Reichstagabgeordneter nur von seinem Domizil nach Berlin fahren. In der ersten Klasse ist der Herr ja auch sicher vor dem „Pöbel“, dem er sein Mandat verbannt; mit dem Manne, der ihn gewählt hat, vierter Klasse zu fahren, das kann man dem Wolltribunen doch nicht zumuthen

Es ist selbstverständlich, daß statt Singer es Schwarz heißen soll. Charakteristisch ist diese „noble“ Form der Kundgebung des Mergers unserer „Staatsverhältnissen“ über die Thatsache, daß Lübeck, die deutschnächste der deutschen Städte, durch einen Sozialdemokraten im Reichstag vertreten wird. Nur Bezeichnung können wir aber mittheilen, daß Lübecks Arbeiter und mit ihnen die Kaufleute in und der, denen obige Notiz gilt, es ihrem Abgeordneten schwer verübeln würden, wenn er nicht das ihm zustehende Recht, „Erster“ zu fahren, in Anspruch nähme. Wir verlangen von ihm, daß er auch in dieser Form die städtische politische Partei Lübecks repräsentiert, sei's auch zum Merger unserer Gegner. Er soll's nicht machen wie seine Vorgänger, die Ohry, Fehling u. w., die ja selbstverständlich „Vierter“ fuhren und dann infolge der ausgestandenen Beschwerden im Reichstage entweder Blech oder garnichts redeten und schließlich ganz fortblieben. Man wird sich eben daran gewöhnen müssen, daß die erste Klasse für die internationale Sozialdemokratie gerade gut genug ist.

Die Gehälter der Gewerkschaftsbeamten sind den Arbeitern zu hoch — das hat unser Amtsblatt entdeckt. Merkwürdig! In letzter Zeit haben alle Gewerkschaften Erhöhungen vorgenommen und zwar aus guten Gründen. Man sollte auch im gegnerischen Lager doch nachgerade wissen, daß die Gehaltsfrage kein Agitationsmittel mehr ist gegen die Arbeiterorganisationen. Besonders hier in Lübeck lachen die Arbeiter über solche Dinge. Das mögen die „Neulinge“ beherzigen. Wir würden ihnen gerne einige praktische Würfe geben, wenn sie es wünschten. Sie stellen sich gar zu ungeschickt an.

„Lübecker Volksbote“ ist ein Wort, das früher unsere nationalliberalen Preßmenschen absolut nicht über die Feder zu bringen vermochten. Seit dem Allerweltssnarrentage hat sich das geändert. Jetzt empfehlen unsre ordnungsparteilich gesinnten Kollegen uns sogar schon öffentlich bestimmte Lektüre. Wir sollen zu unserer Erbauung und Besserung die Sudeleien eines Major a. D. Kunz über „Die kriegerischen Ereignisse im Großherzogthum Posen im April und Mai 1848“ studiren. Wir bedauern! Nach den Proben, die uns das Amtsblatt bietet, läßt sich schon der Inhalt taxiren. Da wird Geschichte gefälscht nach dem Rezept:

Ausländer, Fremde sind es zumeist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Revolution, vergleichen Sünden
Sind selten eigne Landeskinder.

Das ist ebenso alte, wie konservative Lüge, die durchaus nicht dadurch gewinnt, daß Nationalliberale, d. h. Nachkommen jener Revolutionäre, sie anpreisen. Unsern Kollegen im Adresshause können wir also höchstens dankbar sein für den neuen Beitrag zur Geschichte der Verkommenheit des Liberalismus. Diesen zu liefern war jedenfalls ihre Absicht.

Die Maul- und Klauenseuche ist auf dem hiesigen Schlachthause amtlich festgestellt worden.

Für die nächste Versammlung der Bürgerschaft, die Montag Vormittag stattfindet, ist folgende Tagesordnung vorgesehen: I. Mittheilungen des Senates. II. Anträge des Senates. 1) Änderungen in den Verhältnissen der Lehrkräfte an der Navigationschule. 2) Verlauf eines Grundstückes am Hüxterdamm an den Kaufmann J. M. H. Rahtgens. 3) Erweiterung der Grenzen des inneren Wegebezirkes in der Vorstadt St. Lorenz. 4) Herstellung einer Sandwäsche auf der Stadtwasserleitung. 5) Vertiefung des Travenfahrwassers. III. Kommissionsbericht, betreffend Herstellung eines Villenviertels in der Vorstadt St. Gertrud.

Im Zoologischen Garten häufte sich — wie man uns schreibt — jetzt zum Frühjahr die Arbeit derart, daß ein anderer Gesellschafter die Geschäftsführung übernahm, damit Herr Stein sich ausschließlich dem Garten und den Thieren widmen kann. Letzte Woche kamen u. A. 3 weiße Hirsche an, auch eine geräumige Volière wurde mit einer großen Anzahl deutscher Vögel besetzt, um einem von vielen Besuchern des Gartens geäußerten Wunsche nachzukommen. Bei dem jetzigen trockenen Wetter werden die Arbeiten tüchtig gefördert, auch die Wege des neuen Theils, wo sich die Hirschgehege usw. befinden, werden jetzt unter bedeutenden Kosten durch Aufschüttungen trocken

gelegt, so daß bei später — hoffentlich nicht zu oft — eintretenden Regentagen alle Wege in gutem Zustande sind. Die Eisbären werden sich nächsten Sonntag im ihrem neuen, äußerst bequemen und dekorativ wirkenden Zwinger dem Publikum frisch gewaschen präsentieren, und dürfte der von ihnen verlassene Zwinger in nächster Zeit wieder — wenn wir recht herichert sind — von Braun-

bären bezogen werden, da die „Betz-Brauerei“ in Küllbach, Vertreter Herr Hochbaum, in liebenwürdigster Weise einen Betz geschenkt hat, resp. die Leitung mit dem Anlaß eines solchen beauftragt hat. Wenn doch derartige Siftungen von unseren so zahlreich vorhandenen wohlhabenden Lübecker Bürgern recht häufig nachgeahmt würden! Dies dürfte den Garten wirklich nicht zum Schaden gereichen, obgleich derselbe bis jetzt mit seinem Thierbestande wohl zufrieden sein kann, denn außer dem prächtigen Löwenpaar sind Bison, Eisbären, die mächtigen Wapitihsche, sowie die interessanten Aristoteleshsche ic. vorhanden, Thiere, die in derartigen kleinen Gärten wohl nicht immer angetroffen werden. Außerdem ist die Festung bemüht, stets auch Abneigung zu bauen, z. B. sind bis jetzt schon zwei Waller-Karawananen verpflichtet, die eine besteht sogar aus 88 Personen und tritt im In- und Auslande fast nur in größten Städten auf. Für dressierte Thiergruppen ist ebenfalls schon gesorgt. Für Abonnementen sollen die Preise, wenn irgend möglich, nie Aufschlag erhalten und wird wohl von keinem anderen Unternehmen so viel für so billiges Geld geboten. Das am nächsten Sonntag stattfindende Konzert wird von Mitgliedern des Vereins der Musikfreunde ausgeführt.

Einen Aufzug der Haftung erlässt die unverhehlte A. C. L. D. Fischer, gebürtig aus Neustrelitz, aus Anlaß ihrer bevorstehenden Vereheschung mit dem Schuhmann C. J. B. Zimmermann hier selbst.

Handelsregister. Am 26. April 1899 ist eingetragen: auf Blatt 2118 die Firma: „Margarine-Fabrik Hollstatt vorw. C. Petersen u. Co.“ Ort der Niederlassung: Neumünster. Zweigniederlassung: Lübeck. Inhaber: Ch. Fr. Höllerling, Fabrikant in Neumünster; auf Blatt 942 bei der Firma „Paul u. Wenken i. Ltg.“ Neben dem Kaufmann H. J. Paul ist auch dessen Ehefrau F. A. H. Paul geb. Baroness Wedell-Wedellsborg zum Liquidator bestellt. Es ist ausdrücklich bestimmt, daß die Liquidatoren einzeln handeln können.

pb. Verhaftet wurde ein von der Staatsanwaltschaft hier wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgter Mechaniker. Gestohlen wurde aus einem Hause in der Bleicherstraße eine silberne Herrenuhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Plänen sich auf unser Blatt zu berufen.

Am 26. April, Morgens 7 Uhr, entschlief nach langer schwerer Krankheit unser lieber Vater und Großvater

Chr. Bannow

im 81. Lebensjahr.

Tief betroffen von

Karl Bannow und Familie.

Begräbnis am Sonnabend den 29. ds. Mts., Nachm. 8 Uhr, vom Sterbehause, Friedenstraße 19, nach dem St. Lorenz-Kirchhof.

Ein f. Logis zu vermieten

Langer Lohberg 27.

Ein möbl. Zimmer mit sep. Eingang zu sofort zu vermieten

Bleicherstraße 18 a.

Ein Hausdienner zum 1. Mai gesucht

Näheres Mühlenstraße 40.

Gesucht

tüchtige Rock- und Hosendarbeiter.

Aug. Jannensch.

Gesucht zu sofort oder 1. Mai eine Hausmutter für einen älteren Herrn. Gewünscht wird eine ältere Witwe, welche zugleich a. I. Gartenerbeit m. übern. Näh. Mois. Allee 158.

100 guterhaltene Nachdhänen u. eine Fleischtonne zum Einsalzen sind billig zu verkaufen

Grusstraße 18

Ein guterhaltener polirter Schrank, Eichenholz, und eine Accordzither billig zu verkaufen

Hagstraße 126, 3. Et.

Hochseine Pflanz- und Pfarrtosseln

empfiehlt

P. H. Bernhard, Kleine Grövesgrube 12.

Hühner- Futter

und

Dauben- gut und billig

bei August Vietig, Fischergr. 45.

zu. hiesiges Schweinst. Pfd. 55 Pfg.

„ Kalbsteich Pfd. 35 Pfg.

„ hiesige Flöhmen Pfd. 60 Pfg.

„ fetten und magern Speck

1 Pfund 70 Pfg.

„ Queensteich Pfd. 50 Pfg.

„ gelöchte Wurst Pfd. 60 Pfg.

„ geräucherte Wurst Pfd. 70 Pfg.

empfiehlt

W. Strohfeldt

Glockengießerstraße 73.

pb. Radlerrohheit. Ein Radfahrer hat auf der Straße Wippendorf-Jendorf den Fußweg benutzt und das Publikum belästigt. Der unmanierliche Mensch ist zur Anzeige gebracht worden.

Versuche, ohne Deact telegraphische Mitteilungen zu machen, sollen der „Weser Sta.“ infolge auch in Lübeck vorgenommen werden, und zwar zwischen dem dortigen Postamt und der an der westlichen Landstraße des Amtes Niedersöhl gehenden Angelbastei, einer bekannten Seemarke. Die Vorberichtigungen sind schon im vollen Gange. In der Gallerie des Postamtes sowohl, wie an der Spitze des Postamtes sind lange Messingrohre angebracht, welche durch aufgehobene Kupferdrähte mit den betreffenden Apparaten, in Verbindung stehen. Der Aufbau derselben wird im Laufe der nächsten Woche beendet werden, worauf die Versuche ihren Anfang nehmen sollen.

Möln. Niedergesetzt ist am Montag Nachmittag die Stahlberg'sche Windmühle beim „Schlösschenhof“.

Hamburg. Von der Straßenbahn wurde Dienstag Nachmittag die vierjährige Tochter eines Evershüters übersfahren und getötet.

Flensburg. Die erste Strossamauer verurtheilte den dänischen Hofschilder Niessen in Moegestoltern wegen Beleidigung des dortigen Kriegervereins, die in einer absäßigen Neuerung über denselben gefunden worden war, zu zehn Tagen Gefängnis.

Blignwolster. Ein furchtbares Brandungglück ereignete sich am Sonntag Nachmittag in der Gemeinde Quarp. In der von dem Landmann Jes. P. Christensen bewirtschafteten Koth entstand plötzlich Feuer, das mit rasender Geschwindigkeit um sich griff. Wie das Strohdach zusammenrutschte, befanden sich in dem Hause noch die Frau des genannten Christensen und ein alter Mann, die beide in den Flammen in ihren Tod fanden. Außerdem verbrannten mehrere Stück Vieh und ein Füllen, wie auch das gesamte Mobiliar. Die Ursache des Feuers ist noch nicht erforscht.

Bremervorstadt. Vom Terrorismus des Unternehmers. Die hiesige „Bauhütte“, deren Rundschreiben bezüglich der Verfußersklärung über die streiken den Maurer wir schon mittheilten, hat eine Liste mit 337 Namen verschieden. Nicht einmal die Lehrlinge hat man davon ausgeschlossen;

ja, einen Namen haben wir, schreibt die „Norddeutsche Volksstimme“, mit zwischen gefunden, dessen Träger schon vor ein paar Wochen verstorben ist. Diesen abgezogen, hat man also 336 Personen auf die Auszugsliste gesetzt. 336 Personen werden, wenn sie sich auswärts nach Arbeit umsehen wollen, an der freiwilligen Ausübung der Arbeit gehindert. Unsere Innungsmeister können sich freuen, daß das Buchausgesetz noch nicht besteht. Sie könnten sonst böse hineinfallen; sie können sich aber auch freuen, daß der sogenannte Große Unzug-Paragraph nicht überall und gegen Alle die gleiche Anwendung findet; denn wenn ihre Handlungswweise nicht mehr als grober Unzug ist, so wissen wir nicht, als was sie bezeichnet zu werden verdient. Wenn in der Chronik von dem „Gemeingeschäftlichen Terrorismus“ die Rede war, der gegen Arbeitswillige ausgeübt wird, so zeigt Figaro, wo dieser Terrorismus zu suchen und zu finden ist!

Woldegk. Großartige Veruntreuungen hat der Director der hiesigen Buchhandlung, Kornhändler Schmidt, begangen. Soweit bekannt, erreichten die Unterschlagungen die Höhe von mindestens 90 000 M., doch glaubt man, daß bei genauer Prüfung der Kostenverhältnisse sich ein weit höheres Defizit ergeben wird. Schmidt, welcher voraussah, daß seine Unterschlagungen in Wölde entdeckt werden müßten, hat sich am Dienstag erschossen.

Briefkasten.

Auftragen, bei welchen Name und Adresse des fragenden fehlen werden nicht beantwortet.

Die verlorenen Marken des Metallarbeiter-Verbandes sind durch Wohl, gr. Bauhof 14, gefunden und in unserer Expedition abzuholen.

Maifester-Komitee. Heute Abend 8½ Uhr.

Sternschanze-Blechmarkt.

Hamburg, 26. April.

Der Schweinehandel verlief träge. Begegnet wurden 1080 Stück. Preise: Verkaufsschwelle, schwere 45—47 M., leichte 47—48 M., Säulen 40—43 M. und Herke 45—47 M. pr. 100 Pf.

Grosse Auction!

Freitag den 28. April, Nachm. 2½ Uhr
in der

14 Hundestraße 14

über: eine Mahagonischatulle, Kommoden, Bettstellen, 1 Sopha, Spiegel, Regulatoren, Walztisch, diverse Stühle, Trittleiter, Messingfessel, ferner ein großer Posten Schuhwaren in grau, gelb und schwarz, 100 Taschenfächer, ein großer Posten Schuhe, Regattas, 2 neue Damenuhren, 200 Meter Wiener Leinen und eigenes gemachtes Leinen, Feudel, ss. Zigarren, Arbeitshemden, ein Posten Tüllier Rose u. v. n. G. m.

J. C. B. Schmeihi,

Auctionator und Tagator.

Da für sämtliche in Brauereien Beschäftigten die Maifeier bewilligt ist, so ersuchen wir die Herren Wirths und Bierhändler, ihren Bedarf schon in dieser Woche zu decken, damit es uns allen vergönnt ist, den Tag zu feiern.

Der Vorstand des Verbandes der deutschen Brauer und verw. Berufsgenossen.

Drahtgeslecht

von 30 Centimeter bis 2 Meter Höhe
in allen Weiten d. Mtr. v. 15 Pfg. an.
Gehegedraht, Stacheldraht
billigst bei

Fadenburger Carl Buchholtz,
Allee 10 b.

Maifeier.

Das Auslösen und Anweisen der Plätze für Diejenigen, die am 1. Mai d. J. auf dem Festplatz in Israelsdorf ansitzen, findet am Freitag den 28. April, Morgens 10 Uhr, statt.

Das Comitee.

Maifeier.

Heute Donnerstag, Abends 8½ Uhr:

Gemeinschaftl. Probe
der Gesang-Vereine
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Der Obmann.

In grossartiger Ausführung

ist jüngst erschienen:
Die illustrierte Maifest-Zeitung
für 1899.

Preis 10 Pfg. pro Exemplar.

Zu haben nur bei den Zeitungsanträgern des Lüb. Volksboten und in der Expedition des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 50.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Folkers' Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25

gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und Postierwaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

Streichfert. Delfarben
genau nach Muster
sowie

Fußboden-Glanz-Del
empfiehlt in bester Qualität

Hans Fock, Fadenb. Allee 10.

Weißbier u. Braunbier
(ganz vorzüglich)
als Eimerbier

Freitag den 28. April, Nachm. von 5—10 Uhr,
Sonnabend den 29. Apr., Morgens v. 8—8 Uhr.

St. Lorenz-Brauerei
Nebenhofstraße 12.

ff. Eimer-Bier
Montag und Donnerstag von 4—10 Uhr Nachm.,
Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr Vormittag.

St. Gertrud-Brauerei
Schulstraße 8.

L. Hochbaum.

Zur Maifeier.

Elegante

Herren- und Knaben-Anzüge,

einzelne hose, sowie

Herren- u. Kinderfukzeng

staunerregend billig.

Marlesgrube 38.

Uhren-Lager L. Römer.

Bedeutend ermäßigte Preise
von Reparaturen an derselbst entnommenen
Wand- und Taschen-Uhren seit 10 Jahren.

W. Ruth, Vertreter, Lg. Lohberg 41.

Rinderwagen

Sport-, Block- u. Leiterwagen

empfiehlt

Carl Buchholtz.

Mit Maschinenbetrieb!

Sohlen

f. Herren 1,35 M.

f. sehr stark 1,60 "

f. Damen 1,00 "

f. Kinder v. 0,50 "

Reparatur billakt.

Gr. Haltbarkeit. — Aufert. sofort.

Schuhw.-Reparatur-Anstalt

34 Fischergrube 34.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 99.

Freitag, den 28. April 1899.

6. Jahrgang.

Aus den Berichten über den Eisenmarkt.

Der Bergarbeiterstreit in Belgien lenkt die Aufmerksamkeit auf die Lage des Eisenmarktes. Es müssen hier deshalb folgende Stichproben aus den leichten Berichten der Handelszeitungen mitgetheilt werden: "Die Verkaufstätigkeit ist äußerst beschränkt, weil die noch verfügbaren Mengen überaus gering sind. . . . Die gegenwärtigen Abschlüsse erstrecken sich bezüglich der Lieferfristen theilweise schon in das nächste Jahr hinein. Im Einstieg mit dieser günstigen Lage des Eisenmarktes hat sich auch das Erzgeschäft gestaltet. Für das laufende Jahr ist alles, was verfügbar, verschlossen. Schon jetzt werden von den Händlern Angebote für nächstjährige Lieferung gemacht, und es wird von den Verbrauchern darüber gern verhandelt. . . . In den äußerst günstigen Verhältnissen auf dem oberösterreichischen Walzeisenmarkt hat sich im Vergleich zum Vorjahr wenig geändert; die Nachfrage nach allen Arten bleibt lebhaft und die Belieferung sämtlicher Werke ist so stark, daß dem Verlangen der Mündlichkeit um rasche Lieferung bei Weitem nicht entsprochen werden kann. Liefertermine von vier Monaten sollen nicht mehr auf und werden wohlgedenkt bewilligt. Die Werke bringen in Erwartung weiterer Preisssteigerungen nur Mengen auf den Markt, die nicht weiter als bis ins dritte Jahresviertel reichen. Die große Mäuselauftau und daher nicht unähnlich befriedigt werden. Die ausländischen Werke, die in ihren eigenen Anlandsbedarf mit Arbeit zu lohnenden Preisen sehr reichlich verkehren sind, verschwinden von dem Weltmarkt mehr und mehr. . . . Das erste Quartal des neuen Jahres geht unter den günstigsten Verhältnissen zu Ende. In seinem Verlaufe hat der rheinisch-westfälische Eisenmarkt einen weiteren so energischen und raschen Aufschwung genommen, wie man es zu Beginn des Jahres nicht erwartet hat. Während bis Ende 1898 die Besserung sich zwar stetig, aber doch nur langsam vollzogen haben, die Verhältnisse in letzter Zeit einen weit lebhafteren Charakter angenommen. Ein hervorsteckendes Merkmal der ganzen Entwicklung des Eisenmarktes ist der Mangel an Rohstoffen, zumal an Haltzeug, der in früheren Blüthezeiten des Eisengewerbes nie in solcher Stärke fühlbar geworden ist. Bei dem gewaltigen Aufschwunge im Jahre 1899/90 hat man nie darüber klagen gehört und man hat zu erwarten, daß dieser Nebelstand bei eintretender Wärme, unter der z. B. die Buddelbetriebe stehen und oft theilweise eingehen, sich eher verschlimmern als mildern wird. . . . Auf dem gesamten Walzeisenmarkt herrscht eine sieberhafte Thätigkeit und fast nervöse Ansprechung, die leicht aus der Wahn der Kuriosität und weisen Mäßigung, die im Ganzen bis jetzt innegehalten ist, herausdrängen könnte. Ein Interesse einer längeren Dauer der so günstigen Marktage wäre das durchaus nicht zu wünschen. Für dieses Jahr gilt indessen die Gefahr eines Rückfalls für ausgeklopfte und die Meinung verstärkt sich, daß der Aufschwung des Eisengewerbes noch über diesen Beiträum — vielleicht sogar weit hinaus — vorhalten werde. Schon sind 100000 Tonnen Thomasrohre zu einem um 4 Mark höheren Sache als bisher für nächstes Jahr verschlossen worden und die Händler suchen zu den heutigen höchsten Preisen Abschlüsse in Walzen zu für Ausführung im ersten Quartal 1900 zu machen, ein Zeichen, daß das Vertrauen auf die Zukunft immer mehr sich bestätigt."

Man sieht, es herrscht lauter Jubel. Wie aber, wenn die Arbeiter auch noch so bescheidene Lohnforderungen aufstellen sollten?

Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(6. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.
So klar es ihm auch war, wie sehr diese Einrichtungen einer Verbesserung bedurften, er täuschte sich doch keinen Augenblick darüber, daß es unmöglich sein würde, seine neuen Mitbürgen etwa durch eifervolle Reden davon zu überzeugen. Im Gegenteil! es war dies der sicherste Weg, die Freiheiten in ihrer altgewohnten Art zu verstarken und sich selbst in Beruf zu bringen. So hütete er sich denn sorglich vor jedem lauten Tadel, und begnügte sich, durch das Beispiel der eigenen Wirthschaft zu wirken, und durch vorsichtige Ratschläge, die er bei guter Gelegenheit Dem oder Jemem ertheilte. Sein wichtigster Bundesgenosse in diesem stillen Werke war der Eigentüm der Einzelnen, an die er sich wandte; wer sich in dem einen Frühling mit Mitleid hatte überreden lassen, auf seinen ebenen Feldern die Probe mit dem Schaufelspitz zu machen, kam im Herbst freiwillig, das Geräth nochmals zu holen, und im nächsten Frühling kaupte er sich selbst einen solchen Pfing. Aehnlich ging es in allen anderen Dingen; die Leute fingen an, es selbstverständlich zu erachten, daß jeder Heerde die nötige Bewachung mitgegeben werden müsse, ohne darüber zu grübeln, warum ihnen dies plötzlich nothwendig erscheine, während sie es noch vor fünf Jahren als eine Lächerlichkeit verworfen hätten. Taras aber war wahrlich der Letzte, der sie daran erinnerte, wenn der Dank hierfür gebühre. Dass sein Vermuthen von Jahr zu Jahr reichere Früchte trage, sahen diesem Manne der schönste Lohn.

In einem anderen, weit schwierigeren Werke ward ihm dieser Lohn nur sehr kümmerlich zu Theil, aber eben darum fuhr er all die Jahre unermüdet fort, sein Bestes daran zu setzen. Das war sein Kampf gegen jenen kriegerischen Troß, jenen Hang zur Selbsthilfe, welcher die Männer von Zu-

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Im Streik befinden sich die Männer in Telzow, Torgelow, Poderschütz, Petzhin, Behndorf, Behden, Friedrichswald, Wenthin, Blankenburg a. d., Helmstedt, Schöningen, Wergau a. Hagen, Braunschweig, Buxtehude, Mathenow und Würzen. Die Fischart der Möbelfabrik Ohlmann, Drechsler u. Schubert und Sachsenische Möbelfabrik Steinhain in Chemnitz haben die Arbeit niedergelegt, nachdem die zwischen Annahme und Lohnkommission vereinbarten Arbeitsbedingungen nicht inne gehalten beziehentlich nicht bewilligt worden sind. Über den Bauarbeiterstreit in Bünde meldet Wolff's Bureau: "Dienstag kam es zu ersten Ausschreitungen seitens der ausständigen Bauarbeiter. Die Polizei schritt mit dem Bajonet ein, wobei mehrere Personen verwundet wurden. Abends fanden auf dem Marktplatz Ansammlungen statt; da die Polizei von der Menge verböhnt wurde, räumte sie im Verein mit der Gendarmerie den Platz, der von einem Halbbataillon Infanterie besetzt und abgesperrt wurde." Zweifellos sind die Bauarbeiter durch die Arbeitgeber freundlichen Bevörderungen gereizt worden. In Cartagena (Spanien) sind 300 Hafenarbeiter in den Ausstand getreten.

Vom belgischen Bergarbeiterstreit. In dem kleinen, etwas abseits gelegenen Minenbezirk Hassel-Sambre wurde den Arbeitern, der „Arbeitsgruppe“ aufgezeigt, zweitlige Lohn erhöhung von 10 pf. und weitere 10 pf. im Oktober zugesandt. Sie treten deshalb nicht in Streik. Da Charleroi scheint dagegen vorläufig jede Hoffnung auf eine Verständigung geschwunden. Die englischen und deutschen Bergleute haben ihr Solidaritätsgefühl mit ihren belgischen Kameraden dadurch bestimmt, daß sie der Leitung des belgischen Verbundes mittheilen, sie würden sorgen, daß keine Kohle nach Belgien befördert werden könne. Fast scheint es, als wollten die Unternehmer des rheinisch-westfälischen Kohlengebietes die deutschen Bergarbeiter zum Streik provozieren. Wie aus Dortmund gemeldet wird, sind die dortigen Bergarbeiter sehr aufgeregt, weil auf den Zeichen „Minister Stein“, „König Haedensberg“ und anderen Zeichen von den Bergarbeitern über sich hielten verlangt werden. Die Arbeiterkammer beginnt schon des Abends und die Mittagszeit muss am Morgen aufzuhören, so daß die Abzeiten verkürzt werden. Die Bergleute glauben, daß die Zeichen stohlen nach Belgien liefern wollen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Der wegen Ermordung der Prostituierten Singer angeklagte Günthmann wurde nach zehntägiger Verhandlung Dienstag Abend vom Berliner Schwurgericht freigesprochen. Schub gegen Schuhleute! Die Straflammer des Landgerichts Hannover verurteilte am Montag den Schuhmann Hasselbald von der dortigen Polizei wegen zweiter Fälsche von Mörperverleihung im Amt zu 6 Wochen Gefängnis. Der Angeklagte hatte im Januar d. J. eine Handelsfrau, als sie einer Weisung des Beamten nicht gleich folgte, in roher Weise mishandelt und diese Misshandlungen in dem Wachlokal, wohin er die Frau transportierte, fortgesetzt. Die Frau ist nach ärztlichem Gutachten infolge der Misshandlungen geisteskrank geworden. Einen Bezug des Vorfallen trat der forsche Beamte auf der Wache ebenfalls mit einem Faustschlag in's Gesicht. — Im Kreiskrankenhaus zu Lübeck ist fürstlich eine polnische Arbeiterin eingeliefert worden, an welcher schwere Pocken konstatiert worden sind. Bei ihrer Unterbringung ist schlemmst eine besondere Baracke errichtet worden. Die Straflammer in Halle a. S. verurteilte ein

lawes erfüllte. Gerieten zwei Hausväter in Streit, so zeigte es schon von besonderer Mäßigung, wenn sie dem alten Richter Stefan eine Einmischung gestatteten. Um was immer der Streit gehen möchte, um einen Grenzgrain oder eine Heune, er singt fast stets damit an, daß sich der Stärkere mit Gewalt in den Besitz des bestreittenen Gutes setze. Gelang es dem Gegner, ihn daraus zu vertreiben, oder brachte der Richter einen Vergleich zu Stande, so war es gut; gelang dies nicht, so behielt der Stärkere, was er geraubt, und es war auch gut. Denn einen Prozeß zu führen, klang ihnen unerhört, und daß der Kaiser einen Beamten nach Polen gesetzt, das Recht zu schützen, schien ihnen unbestritten; sie dünktet es von vornherein ein Unglück, mit den „kaiserlichen Federfuchsen“ in Berührung zu kommen. Selbst die Diebe ihres Dorfes bewahrten sie zärtlich vor diesem Schicksal: der Mensch wurde halbtot geprügelt und durfte dann laufen, so weit er wollte. Und nun erst die Beziehung zum Guts herrn! Zwischen den Bauern und ihrem Grafen oder vielmehr seinem Mandator, dem alten Gonta, war offener Krieg; Siegesgeschrei durchholt das Dorf, wenn es ihnen gelungen, ihm etwas von ihrer Schuldigkeit abzutrotzen, und daß er seinerseits den Spieß einmal umdrehen könnte, machte ihnen wenig Sorge, davor schützen sie ja ihre Beile und Flinten. Das nutzte den Podolier, dem durch seine Schicksale die Gerechtigkeit zur Sonne des Lebens geworden, mit Entsehen und Abscheu zu erfüllen. Er begriff diese Menschen nicht, bis ihm klar wurde, daß auch bezüglich ihres Charakters die Erklärung darin zu suchen war, weil sie völlig die Eigenart der Bergbewohner bewahrt, in ihren Tugenden, wie in ihren Lastern.

Je häufiger er in den Bergwald kam, je vertrauter ihm die Huzulen wurden, desto verständlicher wurden ihm auch die Leute seines Dorfes. Was Armut, was Reichtum ist, weiß man in dieser tannengrünen Wüstenei nicht. So kann die Menschen kein Neid trennen; auf jedem Lastet das Leben gleich schwer; der Mangel, die Kälte, das

Unscheinbares Mädchen, das seinem Vaterlinde einen Fingerhut voll Schwefelsäure eingab, zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren. Freigesprochen wurde am Montag vor dem Schwurgericht in Köln die neunzehnjährige Schäferin des Kölner Konser-vatums, welche in der Nacht vom 19. zum 20. März ein unehelich geborenes Kind sofort nach der Geburt eingestopft und verdeckt hat. Durch Absturz von einem 80 Meter hohen Felsen an der Landstraße nach Blankenstein verunglückte am Sonntag der Schlosser Stein aus Hagen, Kreis Bochum. Er war sofort tot. Noch ein Prügelpädagoge. Vor der Straflammer in Dortmund hatte sich der 21-jährige frühere Lehrer Johann Henkel aus Rhynern im Kreise Hamm wegen Vergehens im Amt zu verantworten. Henkel mißhandelte die ihm anvertrauten Kinder. Ein achtjähriges Mädchen sprachte er so, daß das Gesicht anschwellt, das Blut aus dem Mund fließt und ein Kahnlose wurde. Einen ganz schwäbischen Knaben von sechs Jahren schlug er derart mit einem Stock, daß die bis zu den Knöcheln reichenden blutunterlaufenen Streifen drei Wochen lang zu sehen waren. Noch andere ähnliche Misshandlungen wurden in der Verhandlung festgestellt. Die Regierung hat den jungen Lehrer aus dem Amt entlassen. Die Straflammer verurteilte ihn wegen Überschreitung des Zulässigungsrechtes in fünf Fällen zu zwei Monaten Gefängnis. Die der brutalen Misshandlungen der ihrer Schule anvertrauten geisteskranken Pflieglinge angelagten früheren Wärter der Kreis-Kranken- und Pflegeanstalt in Frankenthal, der Bader Philipp Münig aus Albersweiler und der Fabrikarbeiter Friedrich Hahn aus Klingenberg wurden zu 7 und 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Sämtliche Vergehen, über die wir v. W. berichtet haben, wurden für erwiesen erachtet. So gilt u. a. auch als feststehend, daß Münig einem Geisteskranken mit einem Schlüssel die Baderzähne losgerissen und dann aus dem Munde gerissen hat. — In Eger wurde der Oberkontrolleur Koch vom staatlichen Hauptsteueramt verhaftet, nachdem sich herausgestellt hatte, daß in seiner Amtslasse 10000 Gulden Staatspapiere fehlten. Eine Feuersbrunst äscherte im Städtchen Skala in Galizien über 100 Wohnhäuser ein. — Das Verbrechen an Bord des „Spesulan“ in Livorno, über das wir bereits berichtet haben, wurde nach dem „Berl. Tagebl.“ zweifellos bei einer Meuterei der Mannschaft verübt. Bei mehreren der verhafteten Seeleute entdeckte man leichte Wunden, die sie im Handgemenge mit dem erbroselt aufgefundenen Offizier zweifellos davongetragen haben. — Der von New-Orleans nach New-York bestimmte Dampfer „General Whitney“ ist bei Florida gesunken. 27 Personen, unter ihnen der Kapitän des Schiffes, sind ertrunken. — Der „Synchronograph“ ist der Name eines neuen, von Professor Orthote und Oberst Squier erfundenen Telegraphen-Apparates, vermöge dessen 2000 Worte in der Minute telegraphiert werden können. Der Apparat arbeitet wie eine Schreibmaschine. Die damit in Washington vorgenommenen Versuche sollen sehr erfolgreich ausgefallen sein. — Die 1300 Insassen des New-Yorker Gefängnisses „Sing Sing“ geben eine Wochenzeitung unter dem Titel „Hoffnungsfest“ heraus. Das Blatt besteht aus vier Seiten Gefangenheitsneuigkeiten und Nachrichten über laufende Ereignisse und wird im Gefängnis gedruckt. Der Gefangene kann mitarbeiten, der Gefangenheitsdirektor ist Chefredakteur. Das Blatt zirkuliert innerhalb wie außerhalb des Gefängnisses. — In der chemischen Fabrik von Fleet in Bielefeld wo 400 Arbeiterinnen beschäftigt sind, fand Dienstag Vormittag eine Explosion statt, wodurch das Gebäude vollständig zerstört wurde. Die Explosion wurde durch Entzündung von Benzin verursacht. Zwei Männer sind

wilde Gethier sind gemeinsame Feinde für Alle. Jeder hat nur insoferne Werth und Geltung, als er diese Feinde aus eigener Kraft zu besiegen, zu verscheuchen vermag. Daher das Bewußtsein der Gemeinsamkeit und Gleichheit aller. Während die Leute der Ebene sich nur des Sonntags in der Kirche als Kinder Gottes gleich fühlen, ist ihnen der ganze Bergwald eine solche Kirche, in der sie vor Niemand das Haupt beugen, als vor Dem da droben! Darum sehen sie ihre Worte nicht anders für Den und für Jenen, weil sie ja alle Menschen sich selber und unter einander gleich erachten, darum duzen sie Federmann. Die Männer von Zulawee leben unter anderen Verhältnissen; sie waren Herren oder Knechte, sie kannten Armut und Reichtum. Gleichwohl hatten sie die alte Art beinahe ungetürt erhalten. Ein wenig Reid, ein wenig Respekt vor dem Besitz hatten auch bei ihnen Einzug gehalten, aber noch immer fühlen sie sich als Gleiche unter Gleichen, waren zu stolz, irgend einem Menschen die Schleppe zu tragen, und duzten ihren Herrn, wie ihren Hirten. Die Außenseite war roh, aber der Trieb an sich gut und läblich. Darum war dies das Einzigste, was Taras seine Art aufgab, die ihre annahm, so weit es ihm möglich war; auch er duzte Federmann und beanspruchte von Niemand eine andere Unrede.

Aber nicht blos der freie Mannesstolz, auch der Hang zur Selbsthilfe wurzelte leider in diesem Geharren bei den Gewohnheiten der Väter. Der Huzule ist auf die eigene Kraft angewiesen. Wer plötzlich dem Räuber im Bergwald gegenüber steht, muß sich wehren oder zu Grunde gehen. Aber auch in anderen Fällen ist Selbsthilfe nothwendig. Wenn zwei Hausväter am Rande des Gebirges, fünfundzwanzig Meilen vom Gerichtsort entfernt, über eine Weidestrafe in Streit gerathen, was soll der Bedrohte beginnen? Soll er sich an das Kreisamt wenden? Uingenommen, daß der arme Mann die Kosten der Reise willig auf sich lädt, so dauert es doch vielleicht ein Jahr, bis das Gericht einen Beamten durch volle zwei Wochen entbehren kann, denn so

